

# Wilsdruffer Tageblatt

Sprechzettel Wilsdruff Nr. 6

Wochenblatt für Wilsdruff und Umgegend

Postfachkonto Dresden 2640

Erhalten Sie mit Wilsdruff den Wochensprecher Nr. 6 für den folgenden Tag. Bestellen Sie den Wochensprecher Nr. 6, durch unsere Redaktionen zu bestellen in der Stadt monatlich 20 Pf., auf dem Lande 25 Pf., durch die Post bezogen monatlich 30 Pf. mit Zustellungsgebühr. Alle Postämter und Postboten sowie unsere Redaktionen sind bereit, Bestellungen entgegen zu nehmen. Im Falle höherer Steuern, Krieg oder sonstiger Veränderungen hat der Besteller seinen Anspruch auf Lieferung der Zeitung oder Rückgabe des Bestellspreises.



Bestellen Sie die 2. Jahrgangszahl der Wilsdruff oder deren Namen, Adressen, die 2. Jahrgangszahl 20 Pf. Bei Wiederholung und Jahresauftrag anfordern Sie Preisnachlass. Bestellungen in anderen Ländern (per Post) 30 Pf. 2. Jahrgangszahl 20 Pf. Bestellungen in anderen Ländern (per Post) 30 Pf. Für die Abgabe der Zeitung übermitteln Sie einen Auftrag mit dem Namen, Jahr und dem Namen der Zeitung, wenn der Auftrag durch die Post eingegangen ist, oder durch den Auftraggeber in Dresden gerät.

Ersteht seit dem Jahre 1841

Dieses Blatt enthält die amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft Meißen, des Amtsgerichts zu Wilsdruff, des Stadtrats zu Wilsdruff, des Forstrentamts Tharandt und des Finanzamts Rossen.

Verleger und Drucker: Arthur Zschunke in Wilsdruff. Verantwortlicher Schriftleiter: Hermann Pöhlitz, für den Inseratenteil: Arthur Zschunke, beide in Wilsdruff.

Nr. 113

Dienstag den 16. Mai 1922.

81. Jahrgang

## Amtlicher Teil.

Die bisher im Grundbuche nicht eingetragenen Wegestücke des Flurbuchs für Limbach Nr. 209 (Weg nach Helbigsdorf), Nr. 210 (Weg nach dem Birkenhainer Wege), Nr. 211 (Weg nach Birkenhain) und Nr. 212 (Weg nach Schmiedewalde) sollen zum Rittergute Limbach, Blatt 398 des Dresdner Lehnhofgrundbuchs, hinzugeschlagen werden.

Alle diejenigen, die das Eigentum an diesen Flurstücken, eine Beschränkung des Eigentümers in der Verfügung über dieselben, ein Verfaufsrecht oder ein nicht in einer Grunddienstbarkeit bestehendes Recht an genannten Flurstücken in Anspruch nehmen, werden hiermit aufgefordert, ihre Rechte binnen drei Monaten und spätestens bis zur Hinzuschlagung bei dem unterzeichneten Grundbuchamte anzumelden, widrigenfalls sie nach

der Hinzuschlagung den öffentlichen Glauben des Grundbuchs gegen sich gelten zu lassen haben.

Amtsgericht Dresden-Neustadt, Abt. IX als Lehnhof, am 25. April 1922.

Donnerstag den 20. April 1922, abends 7 Uhr

## öffentl. Sitzung der Stadtverordneten.

Wilsdruff, am 15. Mai 1922.

Der Stadtverordnetenvorsteher.

### Kleine Zeitung für eilige Leser.

Wegen des französischen Widerstandes gegen eine besondere Kommission zur Lösung der russischen Frage rechnet man in Genua mit einem baldigen Ende der Konferenz. Barthou soll die Auflösung beantragen.

Die Amerikaner verlangen von Frankreich und Belgien als Vorbedingung für eine Anleihe den Verzicht auf einen neuen Einmarsch in deutsches Gebiet.

Bei den am Montag in Paris beginnenden Verhandlungen mit der Reparationskommission wird Dr. Hermes die Frage des Provisoriums regeln und einen vollständigen Plan für die Gewährung unserer Finanzen vorlegen.

In München wurde am Sonnabend im Beisein des Reichsministers Dr. Brüder und der bayerischen Regierung die Deutsche Gewerkschaft eröffnet.

Das schärfste Gesamtministerium hat beschlossen, die Abstimmung über das Volksbegehren nunmehr für den 6. bis 12. Juni zuzulassen.

Bei einer Sitzung der Interalliierten Kommission in Odessa wurde mit den deutschen und polnischen Bevollmächtigten Einigkeit über die Übergabebedingungen des Abstimmungsgebietes erzielt.

### Politische Gistmischerei.

Während die Ärzte und Heilgehilfen Europas sich in Genua um die Gesundung der alten Welt bemühen, haben zwei Prozesse die Wunden aufgedeckt, die sie vergifteten. Der Fedenbach-Eisner-Prozess in München hat die Fälschungen Eisners über die deutsche Schuld am Kriege bloßgelegt. Die Voruntersuchung gegen den Fälscher Erich Anspach liefert eine ungläubliche Fülle schändlicher Erfindungen zutage, durch die sich die alliierten Kommissionen, ja die alliierten Regierungschefs haben täuschen lassen. Erschreckend zeigt dies eine Sittenverderbnis, die kaum zu überbieten ist. Beide Fälscher sind durch die Großmannsucht kleiner Fälschereien, eine politische Rolle zu spielen und die Zeitgenossen zu beeinflussen, zu ihrem Verbrechen getrieben. Beide haben ihrem Volk und Vaterland unermeßlichen, nicht nur zu machenden Schaden zugefügt, den Generationen zu büßen haben.

Die ganze Weltgeschichte ist durch die erlogene Behauptung von der deutschen Kriegsschuld in eine falsche Bahn gedrängt. Ob nur Eisners Veröffentlichungen daran schuld sind, kann man nicht sagen, die Lüge spielte schon lange vorher herum, sie ward zur geistigen Kriegswaffe gegen Deutschland, sie war die Grundlage des Friedensdiktats, doch ihr fehlte der Beweis, bis Eisner aus dem bayerischen Staatsarchiv verstaubte Akten vorholte und die, die er dort nicht mehr fand, sich in Abschriften besorgte, die Stellen, die die deutsche Kriegsschuld widerlegten, fortstrich und die so gewonnenen Fälschungen dem Feinde übergab. Amüßlich war somit von deutscher Seite die deutsche Urheberschaft am Kriege bezeugt, so daß alle Versicherungen der Wahrheit unschuldig bleiben mußten. Das wurde die Grundlage des Versailler Schandfriedens, die noch heute besteht, nachdem freilich reichlich spät die Wahrheit durch eine Privatlage erwiesen ist.

Sind die alliierten Staatshäupter durch die Mänschen eines Ministerpräsidenten getäuscht, in ihrer vorgebildeten falschen Meinung im guten Glauben bestärkt worden, so ist das bis zu einem gewissen Grade verständlich, um so eher, als die deutschen Regierungen die Fälschungen nicht aufgedeckt haben. Aber das ändert nichts an der Tatsache, daß der Artikel 231 des Friedensvertrages, der die deutsche Kriegsschuld besiegelt, eine Unwahrhaftigkeit ist, zu deren Verichtigung die deutsche Regierung nichts unterlassen durfte, auch wenn es bei dem Stande der neuen Verhandlungen augenblicklich eine Verzögerung für diese hervorgerufen würde. Es handelt sich um das heiligste Gut eines Volkes, um seine Ehre, die zu verteidigen oberste Pflicht der Regierung ist. Das Urteil im Eisner-Fedenbach-Prozess muß mehr werden als die Feststellung einer Tatsache. Das Verlangen nach Revision des Friedens erfährt hier seine moralische Begründung nicht nur für Deutschland. Das Deutschland aber inzwischen nicht zur Ruhe kommen konnte, daß die Fälschungen weiter aufgeschicht, scharfe Noten geschickt und Sanktionen auferlegt wurden, das ist der traurige Ruhm eines Schurken, der mit schneidender Niederträchtigkeit aus der Verleumdung des Volkes eine verbrecherische Liebhaberei machte. Ein vierundzwanzigjähriger Mensch ist dieser Erich Anspach. Er hatte nicht einmal wie Eisner die Mission, durch seine Fälschungen von seinem Volke die Schuld auf das Kaiser-

liche Regime abzuwälzen, er freute sich an der Qual seines Volkes, wenn er durch seine Lügen eine neue Schifane gegen Deutschland hervorrief. Wie konnte es nur möglich sein, daß offenbar gegen eigene bessere Überzeugung die alliierten Kommissionen auf plumpe Fälschungen eines Verbrechers hin die folgenschwersten Entscheidungen trafen, Volksmeinungen entstehen konnten wie in Frankreich, die auch nicht die geringste tatsächliche Grundlage außer der eigenen Vorurteilsgenommenheit hatten?

Wir können über diesen argen Hineinfall der Franzosen und Polen namentlich bezweifeln, wenn wir nicht selbst den Schaden davon zu tragen hätten. Man ist bei der Unwahrscheinlichkeit, hierbei guten Glauben der Alliierten anzunehmen, fast zu der Vermutung veranlaßt, daß die gebührende Macht, die die Vernichtung Deutschlands anstrebt, dieses Individuum nur als Ausführungsorgan benutzte habe. Daß Anspach auch Fälschungen anderer Art begangen hat, spricht nicht unmittelbar dagegen, sondern würde höchstens die Organisation des Verbrechens beleuchten, und Anspach dürfte nicht der einzige sein, den Frankreich zu Spieß- und Ahndlichen Diensten in Deutschland mißbraucht. Den wirklichen Tatbestand wird man mit Sicherheit wohl niemals feststellen können, aber nur durch eine solche Aufklärung können die angeblich verführten Regierungen glaubhaft machen, daß sie ihre Finger nicht in das schmutzige Gewerbe gemischt haben und daß sie ihre Früherer revidieren. Aber für eine solche Änderung der Haltung haben wir leider noch keinen Anhaltspunkt.

### Anleihebedingungen.

Keine Besetzung deutschen Gebiets!

Die Amerikaner nehmen die Anleiheverhandlungen in Paris anscheinend energisch in Angriff. Die Beratungen werden immerhin voraussichtlich mehrere Monate dauern und nach amerikanischen Meldungen rechnet man vorläufig mit einem

Ertrag von etwa einer Milliarde Dollar.

Die vorsichtigen Bankiers, die genau wissen, daß ihr Geld in erster Linie den Alliierten und erst in zweiter den Deutschen zugute kommt, wollen jedoch vorher gewisse Garantien haben, daß sie nicht ihre Dollars in einen Topf ohne Boden werfen. Nach einer Meldung der „Chicago Tribune“ vertritt Morgan den Standpunkt, Frankreich und Belgien hätten, wenn eine Reparationsanleihe in den Vereinigten Staaten zustandekommen sollte, sich zu verpflichten, kein weiteres deutsches Gebiet zu besetzen. Diese Ansicht wird von einigen anderen Delegierten, vor allem den Engländern, ebenfalls vertreten. Außerdem will Morgan der Konferenz zur Schaffung einer internationalen Anleihe vorschlagen, daß ein bedeutender Teil der alliierten Besatzungstruppen vom Rhein zurückgezogen werde, um Deutschland die Bezahlung seiner Reparationen zu ermöglichen.

### Genua vor dem Ende?

Poincaré gegen die Russen-Kommission.

Die „Stimmungsberichte“ aus Genua, die allerdings mitunter sehr schnell ihre Farbe wechseln, stehen gegenwärtig auf „baldiges Ende“. Die Franzosen zeigen sich in der Russen-Frage unnochgiebiger, als man anfangs hoffte. Barthou hat am Sonnabend neuerlich

scharfe Weisungen von Poincaré

erhalten. Infolgedessen trat die französische Delegation in der Kommissionsitzung gegen die längere Fortsetzung der Konferenz und gegen die Einsetzung der „Russen-Kommission“ auf. Die Anschauungen darüber, wann die Konferenz endgültig zu Ende gehen wird, sind geteilt. Während man auf englischer Seite glaubt, die Konferenz werde noch mindestens acht bis zehn Tage dauern, sind die Franzosen der Ansicht, daß man in der nächsten Woche zum Schluss kommen werde. Sie glauben, daß schon am Mittwoch oder Donnerstag die letzte Plenarsitzung stattfinden werde. Die große Frage ist vorläufig nur noch, ob

der Friedensplan Lloyd Georges

nach erledigt wird, oder ob er infolge des französischen Vorstoßes unter den Tisch fällt. Bedenklich ist es, daß auch Chamberlain in einer Rede in London erklärte, er sehe die Aussichten für die Genueser Konferenz augenblicklich als nicht sehr hoffnungsvoll an. In Londoner ministeriellen

Kreisen erwarte man, daß Lloyd George Ende nächster Woche nach London zurückkehre. Sicherer aber weiß im Augenblick noch niemand.

### Politische Rundschau.

Deutsches Reich.

Der Arbeitsplan des Reichstages.

Der Ältestenrat des Reichstages hat sich entschlossen, in der nächsten und übernächsten Woche die Plenarsitzungen von 11 Uhr vormittags bis 7 Uhr abends auszudehnen, um bis zum 31. Mai mit dem Etat und mit der großen politischen Debatte aus Anlaß der Konferenz in Genua fertig zu werden. Diese Debatte wird selbstverständlich erst nach der Rückkehr der deutschen Delegation aus Genua stattfinden.

Die Autonomie der Reichsbank.

Im Hauptausschuß des Reichstages wurde der Gesetzentwurf über die Autonomie der Reichsbank beraten. Dabei führte Reichsbankpräsident v. Havenstein aus, daß die Reichsbank ausschließlich auf Privatkapital gegründet sei und als eine selbständige vom Reichsfiskus völlig unabhängige juristische Person errichtet sei. Angesichts der großen wirtschaftspolitischen Bedeutung des ihr verliehenen Notenausgaberechts habe sie jedoch unter Aufsicht und Leitung des Reiches. Nach Lage der Verhältnisse erscheine es geboten, der Reichsbank eine autonome Stellung einzuräumen. Demgemäß müsse die dem Reich zuzehende Leitung in Fortfall kommen. Abg. Dr. Dernburg (Dem.) wies auf die außerordentlich schweren Bedenken hin, die bestanden, ehe man sich entschließen konnte, die Autonomie der Reichsbank durchzuführen. Eine solche Autonomie könne die Geldpolitik des Deutschen Reiches und damit auch die ganze Finanzpolitik in verhängnisvoller Weise beeinflussen.

Deutsch-Osterreich.

× Kredit und Teuerung. Im Nationalrat unterbreitete die Bundesregierung einen Gesetzentwurf, durch den der Finanzminister ermächtigt wird, im laufenden Budgetjahr die Mittel zur Deckung des Defizits bis zu einem Höchstbetrag von 120 Milliarden Kronen durch weitere Kreditoperationen zu beschaffen. In der Begründung wird auf die Geldentwertung und die unentwegt fortschreitende Teuerungswelle, sowie auf die Erhöhung der staatlichen Ausgaben hingewiesen.

Rußland.

× Ein neues Bluturteil. Nach fast zweiwöchiger Verhandlung wurde vom Revolutionstribunal in dem Sensationsprozess gegen die Popen und Zivilpersonen, die wegen Widerstandes gegen das Dekret über die Entnahme von Kirchengut angeklagt waren, das Urteil gefällt. Es lautet: Elf Angeklagte, meist Popen, werden erschossen. Sechs Popen erhalten je 5 Jahre Gefängnis, die übrigen Angeklagten geringere Gefängnisstrafen oder wurden freigesprochen.

Rus In- und Ausland.

Berlin. Bei der Umarbeitung des Haushalts für die Ausführung des Friedensvertrages wurde anstelle des bisherigen Unrechnungsfahes von 45 Milliarden für eine Goldmark ein solcher von 70 Milliarden zugrunde gelegt.

Berlin. Mit Polen sind neue Vereinbarungen über den Korridorverkehr erzielt worden, die bereits am 1. Juni in Kraft treten. Das neue Abkommen wird die Zugverbindung mit Ostpreußen verbessern. Für den sogenannten „privilegierten Verkehr“ ist eine ganze Reihe neuer Linien freigegeben worden, die ohne Reisepaß oder sonstige Reiseausweise befahren werden können.

Oppeln. Der Vorsitzende des außerordentlichen Schwurgerichts Landgerichtsrat Scholz aus Ratibor ist durch das Justizdepartement der Interalliierten Kommission keine Anrede entzogen worden, weil er die Herausgabe von Akten an den besonderen Gerichtshof verweigert habe.

London. Lord Robert Cecil beschärfte in einer Rede seine Angriffe gegen das Kabinett Lloyd George bis zu der Behauptung, wenn das Land geteilt werden solle, so müsse ein Ministerwechsel stattfinden.

Genf. Der Kommissar des Völkerbundes für die Freie Stadt Danzig, General Haling, hat die Verfassung der Freien Stadt Danzig als in Kraft getreten erklärt.

Athen. Das Kabinett Sunaris hat um seine Entlassung gebeten.

Helsingfors. Ministerpräsident Wennola überreichte dem Reichspräsidenten das Rücktrittsgesuch des gesamten Kabinetts.